

VNSB

Verb. Nds.
Strafv. Bed.

VNSB

Mitteilungsblatt
Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter
16. Jahrgang – 01 / 2009

INFORMATIONEN

Landtagseingabe zum
Dienstkleiderzuschuss

Ausschöpfung der
Stellenobergrenzen
für den gehobenen
Vollzugsdienst

Stellungnahme zum
Prüfbericht des
Landesrechnungshofes

Stellungnahme zum
neuen JVollzG

Ausschöpfung der
Stellenobergrenzen
im mittleren allgemeinen
Vollzugsdienst

Antrag zur Änderung
der Laufbahnverordnung

Stellungnahme zum
neuen Beamtengesetz

Unsere berechtigten Forderungen!

Landesverbandsvorstand

Vorsitzender: Willi Bernard Albers, Altharener – Patt 8, 49733 Haren / Ems
Tel.: 05932-1894 Fax: 05932-732687 Mobil: 0176-18989010
E-Mail: WM.Albers@t-online.de

Stellvertreter: Martin Kalt, Roseggerstraße 6, 31785 Hameln
Tel.: 05151-407097 Fax: 05151-407098 Mobil: 0160-94696154
E-Mail: vnsb-martin.kalt@t-online.de

Stellvertreterin: Claudia Heil, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Tel.: 05138-501103 Fax: Mobil: 0151 57728766
E-Mail: Claudia-Katharina.Heil@jva-se.niedersachsen.de oder

Stellvertreter: Engelbert Janßen, Blomlage 4, 49377 Vechta
Tel.: 04441-81811 Fax: 04441-978580 Mobil: 0176-18989001
e.janssen@ewetel.net

Stellvertreter: Michael Haustein, Breidenbeck 15, 29525 Uelzen
Tel.: 05806-403 Fax: — Mobil: 0160-94696319
E-Mail: Michael.haustein@jva-ue.niedersachsen.de

Geschäftsführer: Rüdiger Giermann, Försterskamp 16, 30539 Hannover
Tel.: 0511-1642064 Fax: Mobil: 0176/18989011
E-Mail: ruedigergiermann@yahoo.de

Landesschatzmeister: Uwe Oelkers, Plessering 6, 37154 Northeim
Tel.: 05551 – 61523 Fax: 05551 – 988324 Mobil: 0176-18989000
E-Mail: UweOelkers@arcor.de

Landesschriftführerin: Sylvia Heske, Marienberger Str. 9, 31171 Nordstemmen
Tel.: 05069—340960 Mobil: 0170-6058036
E-Mail: sylviaheske@yahoo.de

Ehrevorsitzender: Rolf Laarmann, Pufendorfstraße 24, 29221 Celle

www.vnsb.de

Orstverbandsvorsitzende

Braunschweig: Carsten Küther, Hindenburgstraße 89, 38159 Vechelde

Burgdorf: Uwe Ufferfilge, Peiner Weg 33, 31303 Burgdorf

Celle: Peter Metzler, Schäferweg 77a, 29225 Celle

Emsland: Thomas Gersema, Rehweide 5, 49716 Meppen - Bokeloh

Göttingen: Stefan Curdt, Herzberger Straße 55, 37136 Ebergötzen

Hameln: Susanne Peters, Tündernische Str. 50 31789 Hameln

Hannover: Peter Gronde, Schulenburger Landstraße 145, 30165 Hannover

Hildesheim: Reinhard Walprecht, Oder-Neisse-Weg 5, 31171 Nordstemmen

Lüneburg: Ferdinand Berger, Große Straße 40, 21380 Artlenburg

Nienburg: Stefan Bargel, Mörsen 55, 31600 Uchte

Oldenburg: Thomas Gerdes, Cloppenburger Straße 400, 26233 Oldenburg

Ostfriesland: Heinrich Höfts, Vossfenne 16, 26759 Hinte 2

Salinenmoor: Friedhelm Hufenbach, Am Bahnhof 9, 29303 Sülze

Sehnde: Kai Rohr, Steigerweg 4, 31199 Diekholzen

Stade: Volker Henschel, Oberer Kamp 22, 21726 Hagenah

Uelzen: Rainer Tegtmeier, Baumschulenweg 44, 29525 Uelzen

Vechta: Sandra Manzek, Am Wasserwerk 6, 26197 Großenkneten-Ahlhom

Verden: Michael Schmitz, Rudolf-Kinau-Weg 9, 27299 Langwedel

Wolfenbüttel: Volkhard Alex, Fritz-Reuter-Weg 41, 38304 Wolfenbüttel

Inhalt

VNSB—Justizvollzugstag Neue Wege / nur mit Uns	S. 04
Forderungskatalog des VNSB	S. 05
Anlagen zum Forderungskatalog des VNSB:	S. 14
Die AG Justiz trifft sich mit führenden CDU—Politikern	S. 16
Ehrenvorsitzender Rolf Laarmann wird 80	S. 17
Neuer Vorstand im Ortsverband Emsland	S. 18
Jahresabschluss im Ortsverband Göttingen	S. 19
Dienstleiter der JVA Helmstedt verabschiedet	S. 21
Unterausschuss besucht die JVA Uelzen Abt. Stade	S. 22
Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Vechta	S. 24
Jahreshauptversammlung des OV Salinenmoor	S. 26
Zeichnung Rolf Laarmann	S. 30
dbb land Absage an Abbau des Besoldungsrückstandes ist unanständig	S. 31
dbb land Möllering lehnt Erhöhung der Wegstreckenentschädigung ab	S. 32
dbb land Musterklage zur Unteralimentierung. Neue Infos	S. 33
dbb land Übernahme des Tarifergebnisses reicht nicht	S. 34
Änderungsmitteilung	S. 36
Beitrittserklärung	S. 37
Unsere Fachgruppenvertreter	S. 38
Impressum	S. 39

„VNSB – Justizvollzugstag / Neue Wege nur mit uns!“



Unter diesem Motto wird der Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter (VNSB) am 22. August 2009 in der Justizvollzugsanstalt Oldenburg eine Veranstaltung durchführen.

Wir erwarten dort den Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, Herrn Christian Wulff, weitere Landespolitiker, natürlich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzuges und viele Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet.

Den Landespolitikern möchte der VNSB an diesem Tag die Möglichkeit geben, Stellungnahmen zu den berechtigten Forderungen des VNSB abzugeben.

Die Organisation dieses Justizvollzugstages wird vom Ortsverband Oldenburg und dem Landesverbandsvorstand durchgeführt. Nach der offiziellen Veranstaltung werden wir in gemüthlicher Atmosphäre mit musikalischer Untermalung die Möglichkeit des Gedankenaustausches anbieten. Hierfür wird auf einem Gelände neben der Justizvollzugsanstalt Oldenburg ein Festzelt aufgebaut.

In der Hoffnung, diesen Justizvollzugstag mit vielen Kolleginnen und Kollegen und natürlich mit weiteren am Strafvollzug Interessierten durchführen zu können, verbleibt der Landesvorstand und der Ortsverband Oldenburg des VNSB.

Mit freundlichen Grüßen

Engelbert Janßen
(für den Landesvorstand)

Kontaktadresse:

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter
Landesvorstand
Engelbert Janßen
Blomlage 4
49377 Vechta
Telefon: 0176-18989001
www.VNSB.de

Thomas Gerdes
Ortsvorstand Oldenburg
Schlüsselblumenweg 8
26135 Oldenburg
Tel.: 0441-202652

Forderungskatalog des VNSB

1.)

Für das Haushaltsjahr 2010 fordern wir die Fortführung der Ausschöpfung der Stellenobergrenzen für die Bediensteten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) .

Mittlerer allgemeiner Vollzugsdienst

Nach den alten Stellenobergrenzen für den mittleren allgemeinen Justizvollzugsdienst und für den Werkdienst im Justizvollzug, waren diese weitgehend ausgeschöpft. Daher wurde mit der Verordnung vom 26.06.2007 neue Obergrenzen der Beförderungsmöglichkeiten für den mittleren allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) und den mittleren Werkdienst erlassen.

Zur Ausschöpfung der neuen Obergrenzen werden nun insgesamt ca. **750 Hebungen** benötigt, die in einem 5-Jahresprogramm, beginnend im HH-Jahr 2008, realisiert werden sollten. Dieses Hebungsmodell sollte in den folgenden Haushaltsjahren, spätestens jedoch 2012 abgeschlossen sein.

Haushaltsjahr	Hebungen
2008	12 Hebungen von A 9 nach A 9 mZ 29 Hebungen von A 8 nach A 9 107 Hebungen von A 7 nach A 8 <i>bereits zugewiesen</i>
2009	9 Hebungen von A 9 nach A 9 mZ 19 Hebungen von A 8 nach A 9 73 Hebungen von A 7 nach A 8 Zusatz: Für den mittleren Werkdienst werden 2009 keine Hebungen ausgebracht, da der Stellenbestand annähernd den Obergrenzen entspricht. Eine weitere Berücksichtigung ist im HPE 2010 geplant.

Laut der **KOALITIONSVEREINBARUNG 2008 – 2013** zwischen CDU und FDP sollen mehr Beförderungsmöglichkeiten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst geschaffen werden.

Forderungskatalog des VNSB

Stand der Ausschöpfung (ohne Werkdienst) - Haushaltsplanentwurf 2009

BesGr.	ges. Obergr.	fiktiver Stellenkenn- gel	tats. Stellen- bestand	tats. Ausschöp- fungsgrad
A 9 mZ	7,5 %	209	183	88 %
A 9	17,5 %	487	427	88 %
A 8	45,0 %	1254	1035	83 %
A 7	30,0 %	835	1140	137 %

2.)

Zum Tarifrecht stellen wir folgende Forderungen auf:

a. Besondere Altersgrenze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im AVD und Werkdienst

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Justizvollzugsdienst oder im Werkdienst eingesetzt werden, sollen mit **60 Jahren** ohne die Regelungen im § 60 BAT analog § 33 TV-L in Rente gehen können.

Die besondere Altersgrenze muss hier gleich den Richtlinien für die Beamtinnen und Beamten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst bzw. den mittleren Werkdienst gelten.

Da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Antrag auf vorzeitigen Austritt aus dem Dienst stellen müssen, hat dies zur Folge, dass die Rente massiv gekürzt wird. Die Verpflichtung durch den Gesetzgeber zum Abschluss einer privaten kapitalbildenden Versicherung, um mit 60 Jahren in Rente gehen zu können, erfordert hohe Beitragszahlungen, die von den meisten Beschäftigten nicht finanzierbar sind.

b. Übergangsgelder für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im AVD, sowie im Werkdienst.

Analog den Beamtinnen und Beamten sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im Justizvollzug oder im Werkdienst eingesetzt werden, das Übergangsgeld von 4080,00 Euro erhalten.

c. Eingruppierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im AVD .

Endamt: E 8 (BAT Vc) unsere Forderung: E 9 (BAT Vb)

Begründung:

In Niedersachsen haben wir eine gemeinsame Laufbahn für den mittleren allgemeinen Vollzugsdienst (AVD)).

Mittlerweile erfüllen die Beschäftigten dieselben Anforderungen wie die Beamten.

Nach dem BAT war es möglich im geschlossenen Vollzug die Eingruppierung nach 5 c zu erreichen. Nach Änderung des Tarifrechts zum 01.11.07 ist eine Höhergruppierung nicht mehr möglich. Die Beschäftigten verbleiben in E 6 (ehemals 6b). Hier muss dringend nachgebessert werden, um der Leistung der Beschäftigten gerecht zu werden.

Werbung Signal

Forderungskatalog des VNSB

d. Eingruppierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als Ausbildungsmeister im Werkdienst

Endamt: E 10 (BAT IV b) unsere Forderung: E 11 (BAT IVa)

Begründung:

Ein hochqualifizierter Meister mit Ausbilderbefähigung kann nur analog der Einkommenssituation in der freien Wirtschaft eingruppiert werden.

3.)

Zusätzliche Stellen für zusätzliche Aufgaben.

a. Sozialtherapie

Eine der wirksamsten Behandlungsmöglichkeiten ist die Sozialtherapie.

Im niedersächsischen Justizvollzug soll die Zahl der Gefangenen in den sozialtherapeutischen Einrichtungen von 104 im Jahre 2002 auf 234 im Jahre 2008 und somit mehr als verdoppelt werden. Unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen in den sozialtherapeutischen Einrichtungen muss die Personaldecke entsprechend dem speziellen Personalschlüssel der Sozialtherapie angepasst werden.

b. Prognosezentrum in Hannover

Gerade durch das im Jahre 2008 neu eröffnete Prognosezentrum kann die Qualität des niedersächsischen Justizvollzuges gesteigert werden. Zur Bewältigung der Aufgaben wird eine weitere Stelle des höheren Dienstes benötigt

c. zusätzliche Verwaltungsaufgaben

In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Aufgaben durch Organisationsveränderungen und neue Haushaltsformen wie LOhN und KLR auf den gehobenen und gerade auch auf den mittleren Dienst im Justizvollzug übertragen.

d. Entlassungsvorbereitungen

Der Focus künftiger Vollzugsarbeit wird sich zunehmend auf die Entlassungsvorbereitung der Gefangenen richten, um so eine effektive Verminderung der Rückfallquote zu erreichen (siehe Projekt Basis).

Anmerkung:

Der VNSB hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen differenzierten Vorschlag zur Umsetzung unserer Forderung erarbeiten wird.

Auch der Verband Nds. Strafvollzugs Bediensteter (VNSB) ist stolz auf die erreichten Ziele und die gute Qualität des niedersächsischen Justizvollzuges, ohne Personalvermehrung ist dieser bundesweit anerkannte, hohe Qualitätsstandard nicht zu halten.

4.)

Sonderzuwendungen

Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat in seinem Urteil aus 2008 festgestellt, dass die Besoldung der Beamten im Widerspruch zur amtsangemessenen Alimentation steht. Beispielsweise hinkt ein Beamter der Besoldungsgruppe A9 mit zwei Kindern, der allgemeinen Einkommensentwicklung um acht Prozent hinterher.

Es muss im Haushaltsplan 2010 für die Bediensteten in Niedersachsen eine Einmalzahlung geben, da der öffentliche Dienst bereits überdurchschnittlich viel zur Konsolidierung des Nds. Landeshaushalts beigetragen hat.

5.)

Übernahme der Anwältinnen und Anwälter im AVD

Da seit Jahren verantwortungsvoll nur noch bedarfsgerecht eingestellt wird, ist die generelle Übernahme geeigneter Anwältinnen und Anwälter eine zwingende Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des hohen Standards bei den Justizvollzugsanstalten.

Wir fordern die Umsetzung dieses Ziels, denn nur so kann die hochwertige Arbeit in den Justizvollzugseinrichtungen und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet werden.

6.)

Dienstbekleidungszuschuss.

Der Dienstkleidungszuschuss ist seit Jahrzehnten auf den Betrag von 184,08 € jährlich trotz Inflation und erheblich gestiegener Kosten eingefroren.

Im Haushaltsplan 2010 muss für die Bediensteten im AVD und mittleren Werkdienst der Dienstkleidungszuschuss auf 235,00 € erhöht werden - wie bereits in der allgemeinen Justiz bei den Gerichtswachtmeistern umgesetzt.

Forderungskatalog des VNSB

7.)

Änderungen der Laufbahnverordnung für den Pädagogischen Dienst

Zurzeit der Schaffung der Laufbahn der Oberlehrerinnen und Oberlehrer wurden die Pädagogen an den Volksschulen im Eingangsamt A 9 eingestellt. Mittlerweile ist das Eingangsamt bei den Grund- und Hauptschullehrern um drei Besoldungsstufen angehoben worden.

Die Eingruppierung der Oberlehrerinnen und Oberlehrer erfolgte in den gehobenen Dienst nach A 13 ohne Beförderungssamt. Diese Berufsgruppe ist die einzige Laufbahn im Justizvollzug, bei der sich seit Beginn keine Entwicklung in der Besoldungsstruktur ergeben hat. Der Verband Nds. Strafvollzugs-Bediensteter (VNSB) fordert deshalb für den pädagogischen Dienst im Justizvollzug, das Eingangsamt in die Laufbahn des höheren Dienstes mit einer Beförderungsmöglichkeit nach A14 anzuheben.

8.)

Beförderungsmöglichkeiten für den Verwendungsaufstieg

Es fehlen noch 25 Hebungen nach A11. Diese Hebungen sollten ausnahmslos für die Bediensteten des mittleren Dienstes benutzt werden, die den Verwendungsaufstieg durchlaufen haben. Das ist erforderlich, damit keine Konkurrenz zwischen Spitzenkräften des AVD/ Werkdienstes und des gehobenen Vollzugs- u. Verwaltungsdienstes sowie des gehobenen Sozialdienstes entsteht.

Der Unterschiedsbetrag zwischen A 9 mZ (mD) und A 10 (gD) beträgt lediglich 500,00 Euro im Jahr. Zudem ist mit einem Verwendungsaufstieg eine 5 Jahre längere Lebensarbeitszeit verbunden. Ohne Beförderungsmöglichkeiten nach A 11 ist die Motivation der Spitzenkräfte als eher gering zu bewerten, was sich in der momentanen Bewerberlage abbildet.

Wir fordern die Schaffung von 25 Hebungen nach A11 für Bedienstete im Verwendungsaufstieg im Haushaltsjahr 2010

9.)

Ausschöpfung der Stellenobergrenze des Gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst

Durch Stellenhebungen und Stellenverlagerungen von höherwertigen Stellen aus anderen Kapiteln des Einzelplans 11 (Beförderungsgerechtigkeit) ist bereits in den vergangenen Jahren angestrebt worden, die Stellenobergrenzen für Beförderungssämter im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst und im gehobenen Sozialdienst auszuschöpfen. Zum gehobenen Dienst im niedersächsischen Justizvollzug gehören mehr als 300 Bedienstete, die in wichtigen Führungs-, Entscheidungs- und Verantwortungspositionen des Justizvollzuges eingesetzt sind.

Die derzeitige Ausschöpfung der gesetzlichen Obergrenzen stellt sich wie folgt dar:

BesGr.	gesetzliche Obergrenze	fiktiver Stellenkegel	tatsächlicher Stellenbestand	tatsächlicher Ausschöpfungsgrad
A 13	6,0 %	22	18	82 %
A 12	16,0 %	59	50	85 %
A 11	30,0 %	110	98	89 %
A 10	31,2 %	115	156	136 %
A 9	16,8 %	62	46	74 %

Danach fehlen für diese Laufbahngruppen noch folgende Beförderungsmöglichkeiten:

Bes. Gr.	Hebungen	Kosten
A 13	4 von A 12	21.120 €
A 12	13 von A 11	58.890 €
A 11	25 von A 10	98.500 €
		178.500 €

Wir fordern, dass die Ausschöpfung der Stellenobergrenzen für den gehobenen Dienst gem. oben dargestellter Tabelle im Haushaltsjahr 2010 erreicht werden muss.

10.)

Privatisierung des Justizvollzugs

Der VNSB spricht sich nach wie vor gegen eine Privatisierung im Niedersächsischen Justizvollzug aus. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern mit teilprivatisierten Anstalten belegen eindeutig, dass eine Kosteneinsparung in der erwünschten Höhe unrealistisch sind. Außerdem sehen wir bei den teilprivatisierten Gefängnissen die Sicherheit und Ordnung gefährdet.

Wir fordern die Einstellung des ÖPP- Projekts in Bremervörde!

Forderungskatalog des VNSB

11.)

Erhebungen des Landesrechnungshofes

Im Gegensatz zum Bericht des Landesrechnungshofes sieht der VNSB genauso wie Justizminister Bernd Busemann kein Einsparpotential in der Verwaltung des Niedersächsischen Justizvollzugs. Im Gegenteil, die Fülle der Verwaltungsaufgaben durch neue Steuerungsmittel wie KLR, Controlling, LoHN u. s. w. ist in den letzten Jahren erheblich gewachsen.

Wir fordern:

Der Einschätzung des Niedersächsische Justizministerium zu folgen und dem Justizvollzug keine Einsparungsforderungen aufzuerlegen.

12.)

Beamtenreformgesetz

§ 36

Hinausschieben der Altersgrenze

¹*Der Eintritt in den Ruhestand kann um bis zu drei Jahre hinausgeschoben werden*

- 1.) *aus dienstlichen Gründen mit Zustimmung der Beamtin oder des Beamten oder*
- 2.) *auf Antrag der Beamtin oder des Beamten, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenste-*
hen

²*Ist der Eintritt in den Ruhestand nach Satz 1 Nr. 1 hinausgeschoben worden, so kann die Beamtin oder der Beamte unter Einhaltung einer Frist von sechs Wochen verlangen, zum Schluss eines Kalendervierteljahres, bei Lehrkräften an öffentlichen Schulen zum Ende eines Schulhalbjahres, in den Ruhestand versetzt zu werden.* ³*Der Antrag nach Satz 1 Nr. 2 ist mindestens sechs Monate vor dem Eintritt in den Ruhestand, bei Lehrkräften an öffentlichen Schulen spätestens bis zum Ende des Schulhalbjahres, das dem Schulhalbjahr vorausgeht, in dem die Versetzung in den Ruhestand erfolgen soll, zu stellen.*

Der Verband Nds. Strafvollzugs-Bediensteter (VNSB) begrüßt die neue Regelung, da zu Absatz 1 die Zustimmung des Bediensteten vorliegen muss und damit eine hohe Flexibilität erreicht wird. Eine Aufweichung der besonderen Altersgrenze darf dadurch nicht erfolgen. Allerdings merkt der VNSB an, dass Bedienstete im Justizvollzug in der Regel nicht länger als bis zum vollendeten 60. Lebensjahr Dienst leisten (siehe §118 Abs.1 neues Gesetz).

§ 118

Beamtinnen und Beamte des Justizvollzugs und des Justizwachtmeisterdienstes

(1) Die im Justizvollzugsdienst sowie im Werkdienst des Justizvollzugs tätigen Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 1 erreicht die Altergrenze mit der Vollendung des 60. Lebensjahres.

(2) Beamtinnen und Beamte im Justizwachtmeisterdienst, die im ersten Einstiegsamt der Laufbahngruppe 1 eingestellt worden sind, können abweichend von § 20 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 befördert werden.

Im neuen Nds. Beamtengesetz wird die besondere Altersgrenze auf 60 Jahre festgeschrieben.

Anmerkung:

Der VNSB hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die auch bei dieser Forderung weitergehende Verbesserungsvorschläge entwickeln wird.

Wir sind durchaus bereit zu akzeptieren, dass der Einzelne für seine persönliche Lebensplanung mehr Spielraum erhält, eine grundsätzliche Erhöhung der besonderen Altersgrenze lehnen wir ab.

Der Landesvorstand des VNSB:

Willi Bernhard Albers
Landesvorsitzender

Martin Kalt
Stellvertreter

Claudia Heil
Stellvertreterin

Engelbert Janßen
Stellvertreter

Michael Haustein
Stellvertreter

Rüdiger Giermann
Geschäftsführer

Uwe Oelkers
Landesschatzmeister

Sylvia Heske
Schriftführerin

Anlagen zum Forderungskatalog

1. Auszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode zwischen CDU und FDP.
2. Landtagseingabe für die Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst sowie im mittleren Werkdienst.
3. Landtagseingabe für die Schaffung von neuen Stellen für die Bediensteten im Verwendungsaufstieg des mittleren allgemeinen Vollzugsdienstes und des mittleren Werkdienstes.
4. Landtagseingabe für die Ausschöpfung der Stellenobergrenzen im gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst, sowie im gehobenen Sozialdienst
5. Landtagseingabe für die Erhöhung des Dienstbekleidungszuschusses.
6. Landtagseingabe für zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten im Pädagogischen Dienst.
7. Stellungnahme des Verband Nds. Strafvollzugs-Bediensteter (VNSB) zum Beamtenreformgesetz.
8. Stellungnahme zu den Erhebungen des Landesrechnungshofes

Anlage 1: Auszug aus der Koalitionsvereinbarung für die 16. Wahlperiode zwischen CDU und FDP.

KOALITIONSVEREINBARUNG 2008 – 2013

zwischen CDU und FDP
für die 16. Wahlperiode
des Niedersächsischen Landtages

Die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Freie Demokratische Partei (FDP) und deren Fraktionen im Niedersächsischen Landtag der 16. Wahlperiode bilden für die Dauer der 16. Wahlperiode des Niedersächsischen Landtages eine Koalition. Sie schließen dazu folgende Vereinbarung.

Für die CDU:
Christian Wulff
Parteivorsitzender Partei-
und Fraktionsvorsitzender

Für die FDP:
Dr. Philipp Rösler

David McAllister
Fraktionsvorsitzender

Walter Hirche

Elisabeth Heister-Neumann
Ulf Thiele

Ulrike Kuhlo
Dr. Stefan Birkner

Hartmut Möllring

Hans-Heinrich Sander

Bemd Althusmann

Carl-Ludwig Thiele

Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU und der FDP

Präambel

16. Justiz

Gleiches Recht für Alle. Die niedersächsische Justiz ist Garant für zügig wirksamen Rechtsschutz in qualitativ hochwertiger Weise. Die Koalitionspartner wollen diese Leistungsfähigkeit des Justizwesens in Niedersachsen erhalten bzw. steigern. Dazu gehören eine am Bedarf orientierte Personalpolitik und gute und moderne Arbeitsbedingungen für effiziente und schlanke Verfahren. Die Koalitionsparteien halten eine Konzentration der Justiz auf ihre Kernaufgaben, Streitentscheidung, Strafverfolgung und Strafvollzug für zwingend erforderlich.

Die Landesregierung wird daher im Bundesrat darauf hinwirken, dass es zu einer Aufgabenübertragung im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, beispielsweise auf Notare, kommt.

Die Koalitionspartner treten für die Privatisierung des Gerichtsvollzieherwesens ein und bekunden, auch künftig die Justiz einer umfangreichen Aufgabenkritik unterziehen zu wollen.

Die Koalitionsparteien wollen die R-Besoldung für Richter und Staatsanwälte erhalten, die Möglichkeiten für gezielte Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen weiter stärken und die Beteiligung der Richter verbessern.

Nach Auffassung der Koalitionspartner sollte die Verbesserung der Sicherheit an den Gerichten und Staatsanwaltschaften fortgesetzt und an möglichst vielen Dienststellen der barrierefreie Zugang sichergestellt werden.

Die Koalitionsparteien sprechen sich für eine leistungsfähige, bürgernahe Justiz in der Fläche aus. In geeigneten Fällen sollen die an einem Ort befindlichen Gerichte zu Justizzentren zusammengelegt werden.

Die Koalitionspartner setzen sich für eine Stärkung der Opferrechte und des Opferschutzes ein. Sie werden eine umfassende Opferschutzkonzeption vorlegen.

Bei der Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität plädieren die Koalitionsparteien für ein abgestimmtes Vorgehen gemäß dem Dreiklang Prävention, Integration und Repression.

Die Landesregierung wird sich auch auf Bundesebene für sinnvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität einsetzen, wie beispielsweise die Einführung eines Warnarrests und eines Fahrverbots. Ziel ist es, den Zeitraum zwischen Tat und Sanktion kurz zu halten.

Für hochgradig gefährdete und kriminelle Kinder und Jugendliche werden wir die geschlossene Heimunterbringung mit erzieherischen und therapeutischen Konzepten auch in Niedersachsen ermöglichen.

Die Koalitionäre wollen insbesondere den Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität weiter intensivieren, auch durch Stärkung entsprechender Fachkompetenzen.

Über den Bundesrat wird die Landesregierung darauf hinwirken, dass Gesetzeslücken bei der Sicherungsverwahrung geschlossen und die Kronzeugenregelung gesetzlich neu gefasst werden.

Die Koalitionspartner wollen die Einführung eines Wahlrechtsmittels auch im Erwachsenenstrafrecht prüfen und erörtern, in welcher Weise das Thema „Gesamtstrafenbildung“ auf Bundesebene transportiert werden kann.

Die Koalitionspartner sprechen sich für eine Stärkung der außergerichtlichen Streitbeilegung, insbesondere der anwaltlichen Mediation und der Streitschlichtung durch Schiedsleute, aus.

Die Landesregierung sieht es als notwendig an, das Betreuungsrecht zu überprüfen und zu reformieren. Sie wird auf Bundesebene einen entsprechenden Diskussions- und Handlungsprozess anstoßen.

Die Koalitionsparteien setzen sich für den Erhalt und die Weiterentwicklung der anerkannt hohen Qualität des niedersächsischen Justizvollzugs ein. Sie sprechen sich für mehr Beförderungsmöglichkeiten im mittleren allgemeinen Vollzugsdienst, den Ausbau der Sozialtherapie und der durchgehenden Betreuung sowie die Einheitlichkeit der sozialen Dienste aus.

Die Landesregierung wird die Pläne zum Bau und Betrieb einer Justizvollzugsanstalt in Bremervörde als ÖPP-Projekt weiter verfolgen und mit den notwendigen finanziellen Mitteln unterlegen.

Die Zuständigkeit im Rahmen der Untersuchungshaft wird im Justizvollzugsgesetz überprüft und gegebenenfalls geändert.

Auf Bundesebene wird sich die Landesregierung weiterhin für eine Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten, insbesondere die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentliche Gerichtsbarkeit und die Zusammenlegung von Verwaltungs- und Sozialgerichtsbarkeit, sowie die vorherige Anpassung der Prozessordnungen einsetzen.

Die Landesregierung wird über den Bundesrat darauf hinwirken, dass die Opfer menschenrechtswidriger Verfolgung und Enteignung im Zuge der sog. Bodenreform einen gerechten Ausgleich erfahren.

Die AG Justiz trifft sich mit führenden CDU – Politikern in Hannover!



Am 10.12.2008 trafen sich die Mitglieder der AG Justiz mit dem Justizminister Bernd Busemann, dem parlamentarischen Geschäftsführer der CDU Dr. Bernd Althusmann und dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Heinz Rolfes sowie dem MdL Bernd-Carsten Hiebing. Sie bedankten sich für die Gesprächsbereitschaft und für die zusätzlichen Stellen in allen Teilen der Justiz.

Das Gespräch wurde in harmonischer Atmosphäre im niedersächsischen Landtag geführt.

Ehrenvorsitzender Rolf Laarmann wird 80

Rolf Laarmann wurde am 08.12.1928 geboren. Er ist seit 1956 Mitglied des Verbandes Niedersächsischer Strafvollzugs-Bediensteter (VNSB).

Seit 1963 ist Rolf Mitglied des Landesvorstandes zunächst als Vertreter des damaligen Vorsitzenden Dübbers. Geschäftsführender Vorsitzender wurde er dann ab dem 02.07.1963. Auf dem Gewerkschaftstag am 18/19.04.1966 wurde Rolf Laarmann zum Vorsitzenden gewählt. Nach mehrmaliger Wiederwahl zum Vorsitzenden trat Rolf Laarmann am 24/25.09.1993 zurück und wurde zum Ehrenvorsitzenden gewählt.



Am 25.09.1993 wurde Ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen. Beim Vertretertag im Oktober 2005 in Hameln zog er sich aus dem Amt des Ehrenvorsitzenden zurück. Seine gemalten Bilder schmückten viele Jahre unsere VNSB-Info.

Am 13.12.2008 feierte Rolf Laarmann bei bester Gesundheit seinen 80ten Geburtstag im Kreise seiner Lieben. Der Landesverbandsvorsitzende Willi-Bernhard Albers konnte die Grüße der Kolleginnen und Kollegen überbringen und bedankte sich noch einmal für die geleistete Arbeit.

Wir wünschen Rolf Laarmann noch viele Jahre in Gesundheit im Kreise seiner Lieben.

(Bericht Willi-Bernhard Albers)

Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Emsland Das Emsland hat einen neuen Vorsitzenden gewählt

Am Dienstag, dem 28.10.2008 trafen sich die Mitglieder des VNSB Ortsverband Emsland im Besuchsraum der JVA Meppen. Der Vorsitzende Heinz Albers berichtet über die Tätigkeiten des Ortsverbandes seit der letzten Mitgliederversammlung im Mai des vergangenen Jahres.



Besonders wurde noch einmal auf die sehr gelungene Großveranstaltung mit dem Ministerpräsidenten Christian Wulff, vielen Landtagsabgeordneten und Gästen aus Nah und Fern hingewiesen. Insgesamt waren 1400 Gäste am 20.04.2007 in der JVA Meppen. Organisation und Durchführung dieser Veranstaltung lagen federführend in den Händen des Ortsverbandes Emsland.

Dafür wurde noch einmal D A N K E gesagt.

Von der Arbeit im Landesvorstand unserer Fachgewerkschaft berichtete unser Vorsitzender Willi Bernhard Albers.

Er hat schon auf die nächste Großveranstaltung in der JVA Oldenburg am 22.08.2009 hingewiesen, wo der Ministerpräsident Wulff sein kommen schon zugesagt hat.

Über Neuigkeiten unseres Partners der Signal Iduna Versicherung berichtete unser Gast Tim Nowatschin.

Schwerpunkt des Abends war allerdings die Neuwahl des gesamten Vorstandes.

Zum Wahlvorstand wurden die Kollegen Willi Bernhard Albers, Detlef Litzki und Nicola Wimmers bestellt.

Die Wahlen zum Vorstand hatten folgendes Ergebnis:

Neuer 1. Vorsitzender	Thomas Gersema
Stellvertr. Vorsitzender	Heinz Albers (für Osnabrück)
Stellvertr. Vorsitzender	Dieter Schöttmer (für Lingen I)
Stellvertr. Vorsitzender	Frank Schnieders (für Lingen, Abteilung Hesepe)
Stellvertr. Vorsitzender	Theo Schneke (für Lingen Damaschke)
Schatzmeister	Alois Plagemann
Ruhestandsbeauftragter	Ewald Junge
Auszubildendenbeauftragter	Sascha Jerzinowski
Gleichstellungsbeauftragte	Birgit Kranz
Protokollführer	Helmut Gels
Schwerbehindertenbeauftragter	Rainer Lytze
Organisator	Rainer Töben
Kassenprüfer	Johannes Schwindeler
Kassenprüfer	Dennis Knese
Vertrauensperson Meppen	Heinz Ruthmann
Vertrauensperson Meppen AA	Josef Specken
Vertrauensperson Lingen	Klaus Tieding
Vertrauensperson Lingen	Rudi Kläß
Vertrauensperson Hesepe	Ulrich Munsch
Vertrauensperson Damaschke	Bernhard Geers
Vertrauensperson Damaschke	Manuel Niemann



Die Mitgliedertour 2009 wird uns nach Hamburg führen.

Jahresabschluss im Ortsverband Göttingen

Bericht: Uwe Oelkers

Traditionell zum Jahresende, lud der Vorstand des Ortsverbandes Göttingen alle Mitglieder am 13.12.2008 in das Bowling-Center Göttingen zum Jahresabschlussessen und zum Bowlen ein.

Ortsverbandsvorsitzender Stefan Curdt konnte bei der Begrüßung neben 34 aktiven Mitgliedern auch wieder einige Pensionäre begrüßen.

Als Gäste waren von unserem Kooperationspartner der Signal-Iduna die Herrn Thomas Hundt, Wolfgang Bielert und Heinrich Spahr eingeladen, die ebenfalls durch den Vorsitzenden begrüßt wurden.



Im Anschluss an die Begrüßung informierte Stefan Curdt die Anwesenden über die Mitgliederentwicklung, welche sich im OV Göttingen positiv entwickelt. Dieses zeigt sich auch in den Zahlen der Teilnehmenden Kolleginnen und Kollegen an Veranstaltungen des Ortsverbandes.

Weitere Informationen gab es zu dem Justizvollzugstag der unter dem Motto, „Neue Wege nur mit uns“, am 22.08.2009 in der JVA Oldenburg durchgeführt wird. Neben unserem Ministerpräsidenten, Herrn Christian Wulf und unserem Justizminister Bernd Busemann werden auch viele Landtagsabgeordnete anwesend sein.

Den Landespolitikern möchte der VNSB an diesem Tag die Möglichkeit geben, Stellungnahmen zum Forderungskatalog des VNSB abzugeben. Im Anschluss am offiziellen Teil sind alle Kolleginnen und Kollegen zum gemütlichen Beisammensein mit musikalischer Untermahlung eingeladen. Anmeldungen für den Justizvollzugstag nimmt der Vorstand des Ortsverbandes Göttingen ab sofort entgegen.

Ein weiterer Termin im Ortsverband Göttingen ist die Jahreshauptversammlung. Diese findet am 06.03.2009 statt. Auf der Jahreshauptversammlung soll über die neue Geschäftsordnung des Ortsverbandes entschieden werden.

Herr Hundt, vom Kooperationspartner Signal-Iduna, berichtete über einen neuen Rahmenvertrag welcher mit dem Landesvorstand abgeschlossen wurde. Es gibt ab sofort im Rahmen der ergänzenden privaten Rechtschutzvorsorge für Mitglieder, besonders günstige Konditionen.

An dieser Stelle auch noch mal recht herzlichen Dank an unseren Kooperationspartner, hier besonders Herrn Hundt, für die finanzielle Unterstützung. Ein Dankeschön geht aber auch an die beiden weiteren Sponser, Stefan Curdt und Bernd Hospes.

Nach dem reichhaltigen Essen kam der sportliche Teil des abends, das Bowlen. Hierbei zeigte sich, dass die älteren Kollegen doch noch ganz schön fit sind.

Mit der Siegerehrung klang der Abend zu später Stunde aus.



Antwortschreiben des Justizministers Bernd Busemann an den OV Göttingen



Bernd Busemann Niedersächsischer
Justizminister

Hannover, den 4. Dezember 2008

VNSB
- Ortsverband Göttingen -
z. H. Herrn Uwe Oelkers
Plessering 6

37154 Northeim

Ihr Schreiben vom 3.11.2008

Sehr geehrter Herr Oelkers,

für Ihr Schreiben vom 3.11.2008 danke ich Ihnen. Ich habe großes Verständnis für Ihren Wunsch, eine Sonderzuwendung für Ihre Kolleginnen und Kollegen zu erreichen.

Das Niedersächsische Besoldungsgesetz regelt, dass Beamtinnen und Beamte in den Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 neben ihren Dienstbezügen für den Monat Dezember eine jährliche Sonderzahlung in Höhe von 430 € erhalten. Daneben erhalten Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger für das erste und zweite Kind, für das Ihnen in Bezug auf den Monat Dezember ein Familienzuschlag gewährt wird, eine jährliche Sonderzahlung von 120 €. Für das dritte und jedes weitere berücksichtigungsfähige Kind beträgt die Sonderzahlung 400 €. Leider sehe ich aufgrund der schwierigen Haushaltslage des Landes keine Möglichkeit, mich für eine weitergehende Sonderzuwendung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Justizvollzuges einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover
Telefon 0511 120-5069
Telefax 0511 120-5183
E-Mail bernd.busemann@
mj.niedersachsen.de

Dienstleiter der JVA Helmstedt verabschiedet

Helmstedt.

Etwa 50 Gäste aus dem Bereich Justiz , Polizei und dem öffentlichen Leben haben an der Verabschiedung des langjährigen Dienstleiters der Justizvollzugsanstalt Braunschweig -Abteilung Helmstedt- Herrn Lothar Abram teilgenommen. Er wird mit Ablauf des 31. Januar 2009 aus dem aktiven Dienst ausscheiden. Die Leiterin der Justizvollzugsanstalt Braunschweig Frau Regierungsdirektorin Christine Meyer dankte Lothar Abram für dessen erfolgreiche Tätigkeit. Sie hob das starke Engagement Herrn Abrams hervor. Die Dienstgeschäfte werden vorerst vom langjährigen Vertreter Herrn Volker Hogrefe übernommen.



Frau Regierungsdirektorin Christine Meyer verabschiedete Herrn Lothar Abram

Helmstedt, den 10.12.2008

Die Mitglieder des VNSB Ortsverband-Braunschweig wünschen Herrn Abram für die kommende Zukunft und anstehende Pensionierung alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit, Glück und Freude im Kreise seiner Familie. Vielen Dank für die über jahrelang geleistete und unterstützende Verbandsarbeit im VNSB Ortsverband-Braunschweig.

Vorsitzender

Carsten Küther

Der Unterausschuss Strafvollzug zu Gast in der JVA Uelzen/Abteilung Stade



Auf dem Foto v.l.n.r.: Michael Haltermann , Sylvia Alpers, Volker Henschel, Birte Lohmann, Petra Tiemann , Marco Brunotte, Rainer Müller

Am Donnerstag, 16.10.2008, besuchten die Niedersächsischen Abgeordneten des Landtages, Petra Tiemann und Marco Brunotte, erstmals die Abteilung Stade.

Nach der Begrüßung des stellvertretenden Anstaltsleiters Herm Pfau und des LdaV Andreas Bock, besichtigten sie gemeinsam die Abteilung Stade, um sich ein Bild über deren Zustand und die Situation zu machen.

(Bis zum Jahre 2002 war unsere Abteilung selbständig und wurde vom damaligen Anstaltsleiter Herbert Zimare geleitet. Seitdem gehören wir der JVA Uelzen an.)

Nach einem Gespräch mit Herrn Pfau und Herrn Bock bekamen wir Kollegen (mehrheitlich dem VNSB angehörend) die Möglichkeit, uns in gemütlicher

Runde mit den Landtagsabgeordneten zu unterhalten.

Dabei ging es unter anderem um das geplante PPP - Projekt in Bremervörde.

Der SPD-Abgeordnete Brunotte vertrat die Meinung, dass ein Neubau in Bremervörde nicht mehr notwendig sei.

Als Grund hierfür nannte er u.a. den Rückgang der Gefangenzahlen: Derzeit sind 1000 Haftplätze unbesetzt!

Hinzu kommt, dass bei einem Neubau durch die Privatisierung nicht alle Kolleginnen und Kollegen aus

den schließenden Abteilungen nach Bremervörde gehen können.

Für uns Stader Kollegen wäre der Neubau als Standortsicherung sicherlich wünschenswert; allerdings könnten wir auch sehr gut in unserer jetzigen Abteilung weiter arbeiten.

Der Aufgabenbereich in kleinen Anstalten sind sehr umfangreich; jeder kann mehrere Arbeitsbereiche abdecken und sehr vielseitig eingesetzt werden, was erheblich zur Arbeitszufriedenheit beiträgt. Alle Wege sind kurz und anfallende Vorgänge können sehr schnell erledigt werden.

Trotz langer Einschlußzeiten für die Gefangenen (U-Haft), ist ein noch sehr persönlicher Kontakt zu den Inhaftierten möglich.

Voraussetzung für eine Weiterbetreuung ist jedoch der Umbau bzw. eine Sanierung unserer Abteilung, da seit den 70er Jahren kaum Geld investiert wurde. Dieses Vorhaben wäre auch mit verhältnismäßig wenig Geld umzusetzen; es kostet **keine** 250 Millionen. (geplante Kosten für die JVA Bremervörde).

Ein anderes Thema war die personelle Situation (Beschäftigungsvolumen):

Wir sind an einem Tiefpunkt angelangt! Nur durch den Einsatz und die hervorragende Zusammenarbeit der Kolleginnen und Kollegen war der tägliche Dienstablauf überhaupt zu bewerkstelligen und aufrechtzuerhalten. Der Stundenstand steigt und steigt. Wir fordern eine Erhöhung des Beschäftigungsvolumens und nicht nur Umverteilungen!!

Volker Henschel
Vors. Ortsverband Stade

Mitgliederversammlung des OV Vechta am 14.11.2008!



Für langjährige Mitgliedschaft wurden Mitglieder des Ortsverbandes Vechta geehrt.
Von links: Willi Bernhard Albers, Paula Böckmann, Horst Bojes, Helmut Ruscher,
Heinrich Kolhof und Sandra Manzek!

Erfreut über die hohe Teilnehmerzahl konnte die Vorsitzende des Ortsverbandes Vechta des VNSB, Sandra Manzek, am 14.11.2008 rund 40 Mitglieder des Ortsverbandes begrüßen.



Wir hatten uns im Kolpinghaus zu Vechta getroffen um die Mitgliederversammlung abzuhalten und im Anschluss zusammen einen gemütlichen Abend mit Abendessen zu verbringen.

Gleich zu Beginn wurde in einer Schweigeminute der verstorbenen Mitglieder gedacht. Nach Genehmigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung gab unsere Vorsitzende Sandra Manzek einen Überblick über die Aktivitäten im Ortsverband. Im Anschluss berichtete der Vorsitzende des Landesverbandsvorstandes Willi Bernhard Albers über Aufgaben und Ziele des VNSB auf Landesebene. Er ging auch auf die Demonstration des dbb in Hannover vom Vortag ein. Zum Abschluss seines Berichtes lud er den Ortsverband Vechta zur Veranstaltung des VNSB am 22.08.2009 in Oldenburg ein und rief zur Unterstützung des Landesverbandes auf. Unsere Vertreter der Signal-Iduna Gruppe, Herr Würdemann und Herr Varrelmann, stellten sich vor und hielten sich für Fragen und Anregungen den ganzen Abend über in unserer Mitte auf.

Auch auf dieser Versammlung konnten wir wieder einige Mitglieder für langjährige Treue zum Verband ehren. Für 25 Jahre Verbandszugehörigkeit wurden Paula Böckmann und Horst Bojes geehrt. Auf eine 50 jährige Mitgliedschaft blicken die Mitglieder Helmut Ruscher und Heinrich Kolhoff zurück. Ihnen dankten der Landesvorsitzende und die Vorsitzende des Ortsverbandes für ihre Treue zum Verband.



Bericht der 21sten Jahreshauptversammlung des OV Salinenmoor am Dienstag, dem 21.10.2008, um 19:30 Uhr in der „Waldwirtschaft Alter Kanal“, Zum Alten Kanal 2, 29225 Celle-Wietzenbruch

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

von älteren Kollegen haben wir uns sagen lassen, dass diese Jahreshauptversammlung nach der Gründungsveranstaltung des Ortsverbandes Salinenmoor am 21.12.1987 (damals 58 Anwesende) mit 18 Kolleginnen, Kollegen, Pensionären, Jubilaren und Gästen die bestbesuchte Jahreshauptversammlung des OV war. Nun werde ich nicht in Euphorie ausbrechen, aber wir waren auch schon mit vier bzw. sechs Kolleginnen, Kollegen sowie Pensionären auf einer Jahreshauptversammlung, in der durch Wahlen und Ehrungen jeder Anwesende mit einer Funktion oder durch eine Ehrung bedacht wurde.

Nach meiner Begrüßung der Gäste (vom Landesverbandsvorstand Michael Haustein, von der Partnersversicherung der Signal-Iduna Friedhelm Krause sowie einige Pensionäre) und natürlich des Kollegen Dieter Buhr, der für 25 Jahre treue Mitgliedschaft geehrt wurde, wurde sofort mit der Einnahme des Essens begonnen. In der „Waldwirtschaft Alter Kanal“ (die im Übrigen durch einen Kollegen betrieben wird) gibt es jeden Dienstag Schnitzel satt. Das Restaurant war - wie so oft - bis auf den letzten Platz ausgebucht.



Nach der reichhaltigen Stärkung und dem Verlassen der anderen Gruppen, die mit uns im Restaurant gegessen haben, übernahm Friedhelm Krause (der schon mehrere Jahre für uns zuständig ist) von der Signal-Iduna Partnerversicherung das Wort und berichtete ausführlich über Neuerungen aus den Bereichen Haftpflicht-, KFZ- und Krankenversicherung. Nach seinen ausführlichen Ausführungen verließ er die Versammlung.

Im Anschluss daran stellte ich meinen Jahresbericht für das abgelaufene Jahr 2008 vor.

Für das folgende Jahr steht für den OV die geplante Großveranstaltung des VNSB am Samstag, dem 22.08.2009, in Oldenburg an. Auch hier wird es - wie nach Meppen 2007 - das Ziel sein, mit mindestens einem vollbesetzten Bus aus Salinenmoor nach Oldenburg zu fahren. Die Vorbereitungen laufen bereits.

Weiter steht für den Ortsverband das dauerhafte Überschreiten der Mitgliederzahl von 90 an, denn nach einer Änderung der Satzung auf dem 20. Landesgewerkschaftstag am 8. und 9. Oktober 2008 in Hannover, wird künftig für je 30 Mitglieder ein wahlberechtigter Delegierter an den Landesgewerkschaftstagen teilnehmen. Als Gegenfinanzierung für die Mehrkosten eines Landesgewerkschaftstages werden diese künftig nur noch alle vier Jahre und nicht wie bisher alle drei Jahre stattfinden. Die Landesgewerkschaftstage werden weiterhin immer im Jahr vor den Wahlen der Personalräte und der Wahl zum Hauptpersonalrat stattfinden.



Der Pensionär Fred Speckahn konnte aufgrund einer schweren Erkrankung nicht an der Jahreshauptversammlung teilnehmen. Die Urkunde für 40-jährige treue Mitgliedschaft, wurde ihm am 12.11.2008 in seinen eigenen vier Wänden und in Anwesenheit seiner lieben Frau Renate bei einem vorbereiteten kleinem Imbiss, durch die beiden Vorsitzenden des OV persönlich überreicht. Fred zeigte sich noch sehr Interessiert. Die vielfältigen Veränderungen im Vollzug wurden angesprochen.



Im Anschluss daran standen die Wahlen an. Als Wahlleiter wurde Michael Haustein vorgeschlagen und gewählt. Turnusmäßig standen in diesem Jahr der 1. Vorsitzende, der Schriftführer Hartmut Kaben und ein Kassenprüfer zur Wahl. Alles war sehr schnell abgearbeitet, denn für den 1. Vorsitzenden und für den Schriftführer wurde nur jeweils ein Vorschlag eingebracht. Beide waren einverstanden und sind somit durch die Versammlung in ihren Ämtern bestätigt worden. Als Kassenprüfer wurde für Heiko Licht, der dieses Amt über zwei Jahre ausgeübt hatte, nun der Kollege Steffen Becker vorgeschlagen und gewählt.

Nach den erfolgten Wahlen übernahm der 1. Vorsitzende wieder die weitere Abarbeitung der Tagesordnung. Er bedankte sich bei Michael Haustein für die Durchführung der Wahlen und bei Heiko Licht für die Ausübung der Kassenprüfungen.

Danach bedankte er sich bei der Versammlung für das ihm erwiesene Vertrauen. Jetzt gratulierte er den beiden neu Gewählten und wünschte ihnen in ihren Ämtern eine gute Hand sowie dem neuen Gesamtvorstand eine gute Zusammenarbeit.

Dann übergab er Michael Haustein das Wort, der als Vertreter des Landesverbandsvorstandes über aktuelle Themen Informierte:

Sachstand der Sonderzahlungen

Sachstand ÖPP Bremervörde

Sachstand Tarifgespräche

Sachstand Alters- und Pensionsgrenze, hier hat Hamburg als erstes Bundesland sich für die Beibehaltung der besonderen Altergrenze von 60 für Polizei und Vollzug sowie für 65 Jahre bei allen anderen entschieden.

Nachdem alle Punkte der Tagesordnung abgearbeitet waren, schloss der Vorsitzende die Sitzung und wünschte allen Anwesenden einen guten Heimweg.

Friedhelm Hufenbach

1. Vorsitzender OV der JVA Salinenmoor

Nachruf

Nach schwerer Krankheit verstarb der Pensionär

Manfred Ramm

geboren: 21.11.1941

verstorben: 17.01.2009

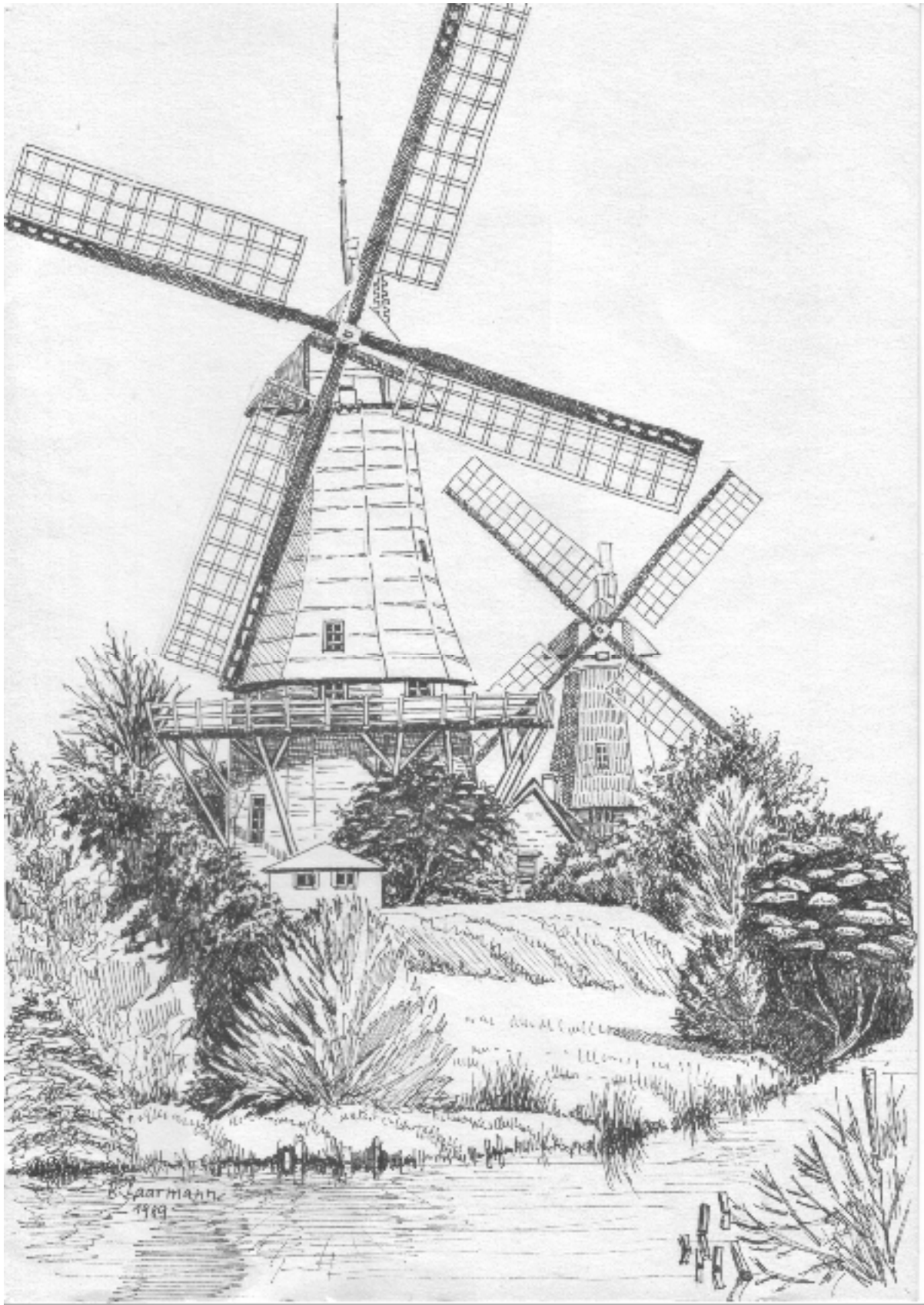
Der Ortsverband Salinenmoor verliert mit dem Kollegen ein langjähriges Mitglied im VNSB.

Der Landesverband und der Ortsverband trauert um einen früheren Mitarbeiter, der sich während seiner Dienstzeit durch Pflichttreue, Verantwortungsbewusstsein und Hilfsbereitschaft ausgezeichnet und verdient gemacht hat.

Wir werden Ihn nicht vergessen.

Für den VNSB Landesverband Niedersachsen der Vorsitzende Willi Bernhard Albers
und

für den Ortsverband Salinenmoor der Vorsitzende Friedhelm Hufenbach



Eine Zeichnung unseres Ehrenvorsitzenden Rolf Laarmann!

Möllrings Nebelbomben halten nicht ewig Absage an Abbau des Besoldungsrückstandes ist un- anständig und ein Indiz der Steigbügelhalterfunktion

„Von Regierungsfraktionen, die sich nur noch als Steigbügelhalter von Finanzminister Hartmut Möllring verstehen, kann man wohl nichts anderes erwarten. Die von diesen in der Haushaltsklausur gezündeten Nebelbomben werden aber nicht ewig wirken. Bereits jetzt ist unser Besoldungsrückstand von über 8 Prozent wieder zu sehen – auch für die Abgeordneten – und er bleibt unanständig. Daran würde auch eine Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung im nächsten Jahr, bspw. durch Übernahme des Tarifabschlusses für die Tarifbeschäftigten der Länder, nichts ändern, auch wenn Möllring dieses suggeriert. Es gilt jetzt zu handeln, durch einen sofortigen Einstieg in den Abbau des Besoldungsrückstandes mit dem Haushalt 2009. Noch haben die Abgeordneten der Regierungsfraktionen Zeit, die gefasste Entscheidung zu ändern“, so dbb Landesbundvorsitzender Friedhelm Schäfer in einer ersten Reaktion auf die Ergebnisse der Haushaltsklausuren der CDU- und FDP Landtagsfraktionen.

Schäfer weiter: „Ich hoffe nur, dass mir in den nächsten Tagen nicht diverse Mitglieder der Regierungsfraktionen erzählen, dass sie ja auch die Notwendigkeit sehen, dass der vorhandene Besoldungsrückstand für die beamteten Beschäftigten im Landes- und Kommunalbereich abgebaut werden muss. Wenn ich die zusammenzähle, die solches im Vorfeld gesagt haben, hätte die Entscheidung anders aussehen müssen. Aber wer Glaubwürdigkeit in der Politik erwartet, sollte lieber wieder anfangen, an den Weihnachtsmann zu glauben.“

„Und wenn Finanzminister Möllring glaubt, dass wir ihn mit der Botschaft Neuverschuldung Null in 2010 durchlassen, dann irrt er. Ändert sich nichts bei uns, nimmt er ein Darlehen bei seinen beamteten Beschäftigten in dreistelliger Millionen Euro-Höhe auf“, so Schäfer abschließend.

Dienstfahrten weiter teilweise selbst bezahlen - Möllring lehnt Erhöhung der Wegstreckenentschädigung trotz exorbitanter Kostensteigerung ab. niedersächsischer dbb kündigt Gegenwehr an

„Die Ablehnung der von uns in Folge exorbitanter Kostensteigerungen geforderte Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für die Nutzung von privaten Fahrzeugen für dienstliche Zwecke um 5 Cent pro Kilometer durch Finanzminister Möllring ist eine Frechheit. Im Süden der Republik geht das, im Zukunftsland Niedersachsen nicht. Ob das ersparte Geld wirklich gut angelegt ist, bezweifle ich, denn die Effizienz bei der Erledigung von Dienstgeschäften im Flächenland Niedersachsen dürfte geringer werden. Unsere Kolleginnen und Kollegen fassen diese Entscheidung als weitere Kampfansage und erneutes Sonderopfer auf. Ohne Gegenwehr wird dieses im Verbund mit der starren Haltung der Landesregierung zum geforderten Abbau des deutlichen Besoldungsrückstandes nicht bleiben“, so Friedhelm Schäfer, Vorsitzender des niedersächsischen dbb in Hannover.

Schäfer weiter: „Anders als Minister und Staatssekretäre haben die Landes- und Kommunalbeschäftigten in Niedersachsen nicht die Möglichkeit, für jede Dienstfahrt – und daneben für Parteifahrten und andere – einen Dienstwagen zu nutzen. Lebensmittelkontrolleure, Veterinäre, Steuerfahnder und viele andere Beschäftigtenbereiche können ihre wichtigen Aufgaben nur dann sinnvoll erledigen, wenn sie ihr Privatauto einsetzen. Das sollen sie jetzt auch weiter teilweise selbst bezahlen.“

„Möllring verkennt bei seiner Entscheidung zudem zweierlei: Zum einen, dass durch den Einsatz von privaten PKW für dienstliche Zwecke dem Land erhebliche Kosten erspart bleiben. Zum anderen, dass die im Normalfall nicht geringe dienstliche Fahrleistung auch einen nicht unerheblichen Anteil am Wertverlust des Fahrzeuges mit sich bringt. Ich empfehle meinen Kolleginnen und Kollegen jedenfalls nicht mehr, den privaten PKW für Dienstfahrten zur Verfügung zu stellen“, so Schäfer abschließend.

Musterklage zur Unteralimentierung: Entscheidungsgründe liegen vor

In einem unserer Musterverfahren zur Unteralimentierung hatte das Verwaltungsgericht Braunschweig bereits am 9. September beschlossen, die Entscheidung auszusetzen und dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorzulegen.

Seit kurzem liegt uns nun die Entscheidung schriftlich vor.

Die Leitsätze lauten:

„Die Entwicklung, welche die Netto-Besoldung des Klägers (BesGr A 9 BBesO) in den Jahren 2002 bis 2005 infolge des fast vollständigen Wegfalls der Sonderzahlung für 2005 und ihres fehlenden wirtschaftlichen Ausgleichs genommen hat, ist mit dem Anspruch des Beamten auf eine amtsangemessene Alimentation im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG in seiner bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung unvereinbar.

Die Besoldung des Klägers ist in diesem Zeitraum sowohl von der Einkommensentwicklung vergleichbarer Angestellter im öffentlichen Dienst als auch von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt worden.“

Inhaltliche Aspekte

In der sehr ausführlichen Begründung setzt sich das Verwaltungsgericht mit den verschiedensten Aspekten auseinander. Wesentlich dabei sind u.a.:

- die Unterschreitung der unteren Grenze einer amtsangemessenen Alimentation des Klägers spätestens durch den gänzlichen Wegfall der Sonderzahlung(-en) und deren mangelnde Kompensation
- gleichzeitiger unterlassener Ausgleich dieses Alimentationsverlustes seitens des Bundesbesoldungsgesetzgebers
- Der Bund als damals alleiniger Besoldungsgesetzgeber musste sich in der Zeit ab dem Jahr 1990 mehrfach mit der Amtsangemessenheit der Besoldung befassen und ging nicht ansatzweise von einer Überalimentation der Besoldungsempfänger aus
- der niedersächsische Gesetzgeber kann sich nicht mit Erfolg auf die Haushaltslage des Landes berufen.

Weiteres Vorgehen

Die Entscheidungsgründe werden in unsere Argumentation bei den weiteren Aktivitäten mit Blick auf den von uns geforderten Abbau des Besoldungsrückstandes und die Anpassung der Besoldung und Versorgung einfließen.

Wir halten eine politische Lösung zwar weiterhin für den richtigeren Weg, werden aber natürlich den gerichtlichen Weg unbeirrt fortsetzen.

Rechte wahren

Wer bisher keinen (auch nicht in den vergangenen Jahren) Widerspruch eingelegt hat, sollte dies zumindest noch für das Jahr 2008 in diesem Jahr tun, um seine Rechte zu wahren. Entsprechender Musterwidersprüche erhalten Mitglieder bei ihrer Mitgliedsgewerkschaft/ihrem Mitgliedsverband.

Übernahme Tarifergebnis reicht nicht - Besoldungsrückstand bleibt abzubauen

Forderung zur Tarifrunde 2009 im Arbeitnehmerbereich des Landes mehr als berechtigt

„Die soeben vom dbb beschlossene Forderung in Höhe von 8 Prozent zur Tarifrunde 2009 für die Tarifbeschäftigten im Landesbereich ist angemessen, mehr als berechtigt und findet die uneingeschränkte Unterstützung des niedersächsischen dbb. Für den Bereich der Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfänger/innen des Landes Niedersachsen und seiner Kommunen wird das Ergebnis der anstehenden Tarifrunde zusammen mit einem deutlichen Einstieg in den Abbau des unbestritten vorhandenen Besoldungsrückstandes von über 8 Prozent die Basis für die Erhebung einer veränderten Besoldungs- und Versorgungsforderung 2009 sein. In der Folge werden deshalb auch Tarifbeschäftigte des Landes mit den Beamtinnen, Beamten und Versorgungsempfängern des Landes und seiner Kommunen Seite an Seite für ein gutes Tarifergebnis kämpfen“, so der Vorsitzende des niedersächsischen dbb Friedhelm Schäfer unmittelbar nach Erhebung der Tarifforderung des dbb in Berlin.

Schäfer weiter: „Die Masche der Landesregierung und der diese tragenden Landtagsfraktionen sich vor der selbst gewollten Verantwortung zu drücken, ist mit dem Tarifabschluss in 2009 nicht mehr haltbar, dann zählt kein Kneifen mehr, wie es bisher bezogen auf unsere seit April bestehende Besoldungs- und Versorgungsforderung praktiziert wurde; dann zählt nur noch handeln und entscheiden. Wir erwarten eine Besoldungs- und Versorgungserhöhung in 2009 die mindestens das Volumen des Tarifabschlusses und einen deutlichen Einstieg in den Abbau des über 8-prozentigen Besoldungs- und Versorgungsrückstandes umfasst. Alles andere ist indiskutabel und ungerecht.“

„Die Landesregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen werden gut beraten sein, wenn sie diese Forderung des niedersächsischen dbb ernst nehmen und auch umsetzen. Wenn nicht, werden sie die Folgerungen unserer Mitglieder permanent spüren; sicherlich auch bei den (Teil-)Ergebnissen der anstehenden Bundestags- und Europawahlen. Wir sind keine Leibeigenen, mit denen die Gutsherren und -herrinnen je nach Lust und Laune verfahren können“, so Schäfer deutlich auf die Stimmungslage bei den Betroffenen abhebend.

Werbung Signal

UMZUG? NEUES KONTO? BEFÖRDERUNG? NEUER ORTSVERBAND?



Name _____ Vorname _____ Geb.-Datum _____

Bisheriger - Neuer - Ortsverband _____ Bisher - Neu - JVA/JTA _____ Neu - ~~Arbeitsbereich~~ / ~~Einsohd~~ - ~~Verzucht~~ - ~~Gründer~~

Alte Anschrift _____ PLZ, _____ Wohnort _____ Straße _____

Neue Anschrift ab: _____ PLZ, _____ Wohnort _____ Straße _____

Gültige Tel.-Nummer / Fax-Nr. / Handy-Nummer / E-Mail-Adresse (Angaben freiwillig - Widerruf jederzeit möglich): _____

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Kooperationspartner des VNSB weitergegeben werden können. Bei Ausfallbildenden / „Achtwärtigen“ ist wegen der zusätzlich kostenlos versicherten Risiken die Zustimmung Voraussetzung für eine Leistungsgewährung (nicht Zutreffendes Bitte streichen).

Meine neue Bankverbindung:

Konto-Nr. _____ Bankleitzahl _____

Kreditinstitut _____

Kontohaber (falls abweichend vom Mitglied) Name/Vorname: _____

Ort, Datum _____ Unterschrift des Mitglieds _____ Unterschrift des Kontohabers _____

Eingangsdatum - Namenszeichen - OV - Änderung notiert - _____ Eingangsdatum - Landescharakteristiker - Änderung notiert - _____



Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter

- Fachgewerkschaft im niedersächsischen Justizvollzug -

Der VNSB ...
... unsere Sicherheit

Beitrittserklärung

(Bitte in Druckschrift ausfüllen)

Stand : Januar 2005

_____	_____	_____	
Ortsverband	JVA/JA	Amtsbezeich. / Besold.- Vergüt.-Gruppe	
_____	_____	_____	
Name	Vorname	Geb.-Datum	
_____	_____	_____	
PLZ	Wohnort	Straße	
_____	_____	_____	
Tel.-Nummer	Fax-Nr.	Handynummer	E-Mail-Adresse

Hiermit erkläre ich meinem Beitritt zum VNSB, unter Anerkennung der Satzung, ab dem _____

Die höhere Beitragsklasse _____, nach Abschluss meiner Ausbildung/ „Anwärterzeit“, wird automatisch fällig ab dem:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Kooperationspartner des VNSB weitergegeben werden können. Bei Auszubildenden / „Anwärtern“ ist wegen der zusätzlich versicherten Risiken die Zustimmung Voraussetzung für eine Leistungsgewährung - Nicht zutreffendes bitte streichen -
Eine Übersicht der Beitragsklassen und der Satzung wird mir auf Wunsch ausgehändigt. Landesschatzmeister bitte zusenden!
Eine Änderung meiner Anschrift oder Kontoverbindung zeige ich unaufgefordert an.

Lastschriftinzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den VNSB widerruflich, die jeweils gültigen Beiträge für mich / meinen Ehepartner / Lebensgefährten / bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos

Konto - Nr.: _____ Bankleitzahl : _____
Kreditinstitut: _____ durch Lastschrift einzuziehen.
_____ Ort, Datum _____ Unterschrift

Zugehörigkeit zur Hilfskasse (Ja, autom. für das Mitglied bei Neuaufnahme vor Vollendung des 50. Lebensjahr - siehe Nr.3 der „Richtlinien“)

a) Nein (Bei Neumitgliedern ab Vollendung des 50. Lebensjahr ist die Aufnahme in die Hilfskasse nicht mehr möglich; s. Nr. 3 der „Richtlinien“)

b) Ja der/des Ehegatte/in /Lebensgefährte/in
(Angaben „zu b“) sind vollständig erforderlich)

c) Nein (Bei Ehegatten pp. ab Vollendung des 48. Lebensjahr, ist die Neuaufnahme in die Hilfskasse nicht mehr möglich).

Hinweis: Eine Mitgliedschaft nur in der Hilfskasse ist nicht möglich. Es ist durch eine Beitrittserklärung in die zugeordnete Beitragsklasse einzutreten.

Zu b) Angaben zur mitversicherten Person :

_____	_____
Name	Vorname
_____	_____
Geburtsname	Geburtsdatum

_____	Bitte das Original an den VNSB – Landesschatzmeister senden (für den OV kopieren)
Datum / Name / Funktion	

Aufgenommen in die Mitgliederdatei; Mitgliedsnummer: _____ / _____ Datum / Landesschatzmeister

Unsere Fachgruppenvertreter im VNSB

Mittlerer allgemeiner Justizvollzugsdienst

Detlef Litzki
JVA Meppen

Gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

Tobias Hebestreit
JA Hameln

Mittlerer Verwaltungsdienst

Alois Plagemann
JVA Lingen-Damaschke

Höherer Vollzugs- und Verwaltungsdienst

vakant

Mittlerer Werkdienst

Johann Rosenau
JA Hameln

Arbeitnehmervertreter

Peter Gronde
JVA Hannover

Sanitätsdienst

Andreas Habenstein
JVA Braunschweig

Vertreterin der weiblichen Bediensteten

Gabriele Mai
JVA Hannover

Pädagogischer Dienst

Nicola Wimmers
JVA Meppen

Vertreter der Schwerbehinderten

Georg Olfermann
JVA Hannover 05116796374

Ärztlicher Dienst

vakant

Vertreter der Auszubildende

Franz - Josef Niemann
JVA Vechta

Psychologischer Dienst

Horst Schreiber
JVA Lingen-Damaschke

Vertreter der Ruhestandsbeamten

Helmut Gels
JVA Meppen

Sozialer Dienst

Axel Amberger
JVA Vechta

Der Redaktionsschluss für die nächste VNSB—Info ist der 20. April 2009

Berichte der Ortsverbände bitte senden an:
e.janssen@ewetel.net

Diese Ausgabe liegt auch als PDF Datei auf unserer Internetseite www.vnsb.de zum Download bereit!

Noch einmal in eigener Sache:
Diese Ausgabe wird zum ersten Mal in Farbe ausgeliefert. Wir hoffen, das die VNSB-Info dadurch attraktiver wird.

Euer Landesverbandsvorstand

Verantwortlich für den Inhalt:
Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter (Beiträge mit Autorenanangaben stellen nicht unbedingt die Meinung des VNSB dar!)
Willi-Bernhard Albers
Altharener Patt 8
49753 Haren/Ems

Text & Layout
Engelbert Janßen
Blomlage 4
49377 Vechta

Druckort: Dortmund

Druckerei:
Signal-Iduna Gruppe
Joseph-Scherer-Str.3
44139 Dortmund

Der Preis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.



*Verband Niedersächsischer
Strafvollzugsbediensteter
Fachgewerkschaft im Nds. Justizvollzug*



VNSB - Justizvollzugstag

Neue Wege - Nur mit uns!



Neue Wege - nur mit uns!

Wir brauchen Eure Unterstützung.

Ein wichtiger Termin:

22. August 2009

in Oldenburg